



Kleve, den 08.02.2023

## **Antrag zur Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.03.2023:**

### **„Jugendparlament in Kleve“**

Der Rat der Stadt Kleve möge nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Generationen und Gleichstellung sowie im Haupt- und Finanzausschuss beschließen:

- „1. Rat beschließt die Einrichtung eines Jugendparlamentes in der Stadt Kleve.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf für eine Satzung vorzulegen sowie alle weiteren inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einrichtung eines Jugendparlamentes zu schaffen, damit im Jahr 2023 in Kleve die erste Wahl eines Jugendparlamentes stattfinden kann.
3. Im Nachtragshaushalt 2023 wird eine halbe Stelle (EG10) für die konzeptionell-inhaltliche Begleitung eines Jugendparlaments eingestellt. Dieser Stelle wird ein Budget in Höhe von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt.
4. Vor Mittelbereitstellung ist zu prüfen, ob Fördermittel des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ eingeworben werden können.“

#### **Begründung:**

Die erschreckend geringe Beteiligung an der Wahl des Landrats am 27.11.2022 mit 25,97 % in Kleve, die mit einer Beteiligung an der Stichwahl am 11.12.2022 von nur noch 19,47 % der Wahlberechtigten sogar noch unterboten wurde, ist von allen relevanten politischen Kräften in der Stadt mit großer Sorge zur Kenntnis genommen wurde.

Wenn Bürger/innen und Bürger, insbesondere Erstwähler/innen, einer Wahl in großer Zahl fernbleiben, dann sollten unverzüglich Schritte unternommen werden, um diese negative Tendenz nicht nur aufzuhalten, sondern umzukehren.

Kinder und Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache und wollen sich bei allen Themen einbringen, die sie betreffen: vom Skatepark und Jugendclub über den öffentlichen Nahverkehr und die Stadtplanung bis hin zur Frage, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben.

Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche sind in unterschiedlichen Gesetzen und internationalen Übereinkommen mit unterschiedlicher Reichweite und Verbindlichkeit festgehalten. Beteiligung von Kindern und Jugendliche geschieht daher nicht aufgrund des „guten Willens“ der Erwachsenen, sondern ist ein international wie national verankertes Grundrecht.

Eine kurze, nicht abschließende Übersicht bestehender Regelungen:

- Art.12, Abs.1 der UN-Kinderrechtskonvention:  
„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“
- SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG):  
§8 „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“:  
„(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. (...)“  
§ 11 Abs.1 „Jugendarbeit“:  
„Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen **an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen**“.

Offene Klever – Fraktion im Rat der Stadt

Vorsitzender: Udo Weinrich  
Geschäftsführerin: Britta Schütt

Fraktionsgebäude  
Pastor-Leinung-Platz 10  
47533 Kleve

E-Mail: udo.weinrich@fraktion.offene-klever.de

<https://www.offene-klever.de>  
[https://twitter.com/Offene\\_Klever](https://twitter.com/Offene_Klever)  
<https://www.facebook.com/OffeneKlever>  
<https://www.instagram.com/offeneklever/>

## Antrag: Jugendparlament in Kleve

- § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB legt fest, dass die Öffentlichkeit „möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebietes in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten“ ist und ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben ist. §3 Abs.1 Satz 2 stellt klar: **„Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Öffentlichkeit im Sinne des Satzes 1.“**

Klevert Jugendliche werden insgesamt nicht ausreichend beteiligt. Gleichzeitig erleben wir derzeit, dass junge Menschen sehr wohl politisch interessiert sind und eine Meinung haben. Diese Meinungen müssen einen Zugang zu den kommunalpolitischen Prozessen bekommen. Jugendbeteiligung muss hier neu gedacht werden.

Eine direkte Partizipationsmöglichkeit in Form eines Jugendparlaments ermöglicht Kindern und Jugendlichen, alltägliche kommunalpolitische Prozesse zu erleben und zu erlernen und damit bereits im jungen Alter eine Begeisterung für Politik und Demokratie zu entwickeln.

Auch die Landesregierung legt ein größeres Augenmerk auf das Thema „Jugendpartizipation“:

**„Wir unterstützen die kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger in ihrer Vielfalt. Zu diesem Zweck stärken wir die Bedingungen für Formen der Jugendpartizipation, Inklusions- und Seniorenbeiräte sowie die Rechte der Integrationsräte und unterstützen die Kommunen bei der Einrichtung dieser Gremien und deren Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen.“**  
(Koalitionsvertrag der CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Zeilen 5280 ff.)

Wir zitieren aus der Abschlusserklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 2. SchülerInnenparlament, am 9. Februar 2020, im Rathaus der Stadt Kleve:

*„Wir wünschen uns:  
Dass das SchülerInnenparlament alle 6 Monate stattfindet  
Dass Experten von der Stadt eingeladen werden sollten  
Ein Monitoring, dass das SchülerInnenparlament gemeinsam mit den Politikern der Stadt stattfindet.“*

Diese einstimmig angenommenen Forderungen des 2. Schüler/innen-Parlaments blieben folgenlos.

Der „Kinder- und Jugendförderplan 2021 bis 2025“ blendet diesen Aspekt aus. Er ignoriert die positiven Erfahrungen, die andere Städte mit einem Jugendparlament gemacht haben. Der Plan enthält sehr viele nachvollziehbare, angemessene und teilweise auch längst überfällige inhaltliche und finanzielle Änderungen gegenüber dem Plan der alten Wahlperiode. Diesen Anpassungen und Weiterentwicklungen haben die **Offenen Klever** sich ausdrücklich angeschlossen. Sie tragen sie mit.

In der Begründung zur Drucksache verwies die Stadtverwaltung auf ergänzende konkrete Zielsetzungen, wie beispielsweise die „Beteiligung von Kindern-, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ oder die sie erhebt den Anspruch, den „Kommunikations- und Informationsfluss zu verbessern, um junge Menschen zu informieren, (...).“

Die Maßnahmen, die im Kinder- und Jugendförderplan zur Erreichung dieser Ziele enthalten sind, halten die **Offenen Klever** für kleinteilig, mutlos und nicht bedarfsgerecht.

Ein bewährtes Instrument zur Förderung des demokratischen Engagements ist die Einrichtung eines Jugendparlaments. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele:

<https://jupa.monheim.de/>

- Auf dem deutschen Jugendhilfetag 2021 wurde die Frage der gelungenen kommunalen Jugendpartizipation diskutiert und einige Best-Practice-Beispiele vorgestellt. Das Jugendparlament der Stadt Monheim am Rhein gehörte dazu.
- Geschäftsordnung, Wahlordnung und Satzung des Jugendparlaments Monheim:

<https://jupa.monheim.de/links>

[https://www.hilden.de/sv\\_hilden/Unsere%20Stadt/Politik/Jugendparlament%20Hilden/](https://www.hilden.de/sv_hilden/Unsere%20Stadt/Politik/Jugendparlament%20Hilden/)

- In Hilden arbeitet das Jugendparlament als „beratendes Mitglied“ in zwei Fachausschüssen mit. Seit 2011 hat das Jugendparlament einen festen Sitz im Jugendhilfeausschuss, 2015 kam der Sitz im Ausschuss für Schule und Sport dazu.
- Satzung des Jugendparlaments Hilden:  
[https://www.hilden.de/sv\\_hilden/Unsere%20Stadt/Politik/Jugendparlament%20Hilden/Satzung%20des%20Jugendparlaments%20Hilden.pdf](https://www.hilden.de/sv_hilden/Unsere%20Stadt/Politik/Jugendparlament%20Hilden/Satzung%20des%20Jugendparlaments%20Hilden.pdf)

Die **Offenen Klever** halten ein Kinder- und Jugendparlament in Kleve für dringend geboten und längst überfällig. Wir haben dazu in den vergangenen Wahlperioden immer wieder Anträge gestellt (Drucksache 300/IX; Drucksache 485/IX; Drucksache 723/IX; Drucksache 911/XI und Drucksache 146/X).



Udo Weinrich,  
Fraktionsvorsitzender „Offene Klever“



Marco Hendricks  
stellv. Fraktionsvorsitzender „Offene Klever“